

# Wahneuf

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch  
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryedgasse 4  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN

Nr. 10

Juni 1933

5. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S — 90

## Auf falschem Weg

Der Kongreß gegen den Faschismus im prunkvollen Pleyel-Saal in Paris ist zu Ende. Die großen Worte, die Raymond in den Saal schleuderte, die Beteuerungen Henri Barbusse sind verklungen. Vorüber ist der rauschende Enthusiasmus, mit dem der Saal 3000 Delegierte, die deutsche Delegation empfing. Der rauhe Alltag des revolutionären Klassenkampfes hat den Kongreß abgelöst, den großen Worten sollen jetzt entsprechende Taten folgen. Wir zweifeln nicht daran, daß viele Tausende Arbeiter voll gläubigen Vertrauens auf diesen Kongreß geblickt und von ihm die Vorbereitung einer wirklichen Wendung innerhalb der Arbeiterklasse erwartet hatten. Seit in Deutschland Herr Hitler kampfs seine blutige Diktatur aufgerichtet hat, seit die große und mächtige deutsche Arbeiterklasse zusammenbrach, geht ein neuer Wind durch das europäische Proletariat. Es bedurfte eines so furchtbaren Schlages, um die Arbeiterklasse, die der Reformismus planmäßig über das wirkliche Ausmaß der drohenden Gefahren getuschelt hatte, bis in die tiefsten Tiefen aufzuruteln. Außerhalb Deutschlands, vor allem in England und Frankreich, in Belgien und Oesterreich, in Skandinavien und Spanien ist es ja bis jetzt noch die Sozialdemokratie, er die überwiegende Mehrheit des Proletariats Gefolgschaft leistet. Gerade diese Massen sind durch den beispiellosen Verrat der deutschen Sozialdemokratie, die zuerst den Sozialismus und das Proletariat und schließlich selbst die burgliche Demokratie und ihre Republik verraten und im Stiche gelassen hat, in ihrem Glauben an die Sozialdemokratie erschutert worden. Diese Massen, die das Versagen der deutschen kommunistischen Partei gar nicht richtig beurteilen können, weil in ihren Ländern die Sektionen der 3. Internationale nur kleine, zum Teil einflulose Parteien sind, sind jetzt in Bewegung geraten und sie gehen stoßweise, hier zögern; dort sprunghaft nach links. Uberall ist dieser Umgruppierungsproze zu sehen. In Frankreich spiegelt die Streikwelle bei Citroen, die mächtige Massenbeteiligung am 1. Mai und am Kommune-Aufmarsch (28. Mai) die Linkswendung der Arbeiterklasse wider, in England der Beschluß des Parteitages der Unabhängigen Arbeiterpartei, in Verhandlungen mit der 3. Internationale zu treten und die Einheitsfront mit den englischen Kommunisten zu schließen, in Holland der Wahlerfolg der Kommunisten und in Oesterreich ist die Linksentwicklung er sozialdemokratischen Massen unverkennbar. Und wenn es in Deutschland der geschlagenen KPD nach einer furchtbaren Auflösungs- und Zerstellungsperiode im März möglich wurde, sich im April und Mai vom neuen zu sammeln, so dankt sie dies nicht nur der Treue ihrer proletarischen Kader, sondern auch den Klassenbewuten Arbeitern, Parteilosen, Sozialdemokraten, ehemaligen, als „verkalkt“ zurückgestossenen Genossen, jener breiten proletarischen Welle, die der verfolgten, verfeindeten und wankenden Partei entgegenkam, die Partei stützte, festigen und wiederaufbauen half.

Was wir jetzt in ganz Europa sehen, wir haben es im Verlaufe des Zusammenbruchs der burglichen Demokratie in Deutschland oftmals erlebt; daß die Massen, erbittert über den bankrotten Reformismus zur revolutionären Partei übergangen. Die Tragik bestand darin, daß die Politik der deutschen Partei, die Politik der Komintern in Deutschland, diese Massen nicht in aktive Klassenkämpfer verwandeln konnte, sondern sie im Gegenteil zersetzte. Dazu ist die heraufziehende proletarische Revolution 1932-33 in Deutschland gescheitert.

Wir stehen jetzt vor der ungeheuren Gefahr, daß sich das Gleiche in anderen Ländern wiederholen wird.

Die Massen sind aufgerutelt. Die tiefe Wirtschaftskrise, der Aufschwung der Konterrevolution, die deutschen Ergebnisse, all das stößt die Arbeiterklasse in ganz Europa nach links. Tastend sucht sie politische Klarheit zu gewinnen, sucht sie neue Wege zu beschreiten, Wege des Kampfes, des Widerstandes gegen die wachsenden konterrevolutionären Gefahren im eigenen Land und gegen den neuen Weltkrieg, der im Zeichen des „Abrustungskonferenzen und „Viermachtepakte“ immer näher rückt.

Kann der Pariser Kongreß diesen Massen wirklich einen Ausweg zeigen, konnte er die Kräfte formen, die die proletarische Klasse zum Widerstand sammelte? Der Pariser Kongreß konnte seinem ganzen Wesen nach nichts anderes sein, als ein internationales Massenmeeting, eine große Kundgebung. Die Vertreter der revolutionären Vorhut und die Repräsentanten der modikalen burglichen Intelligenz trafen sich dort und sie versicherten einander und der proletarischen Oeffentlichkeit, wie brennend ihr Abscheu vor Hitler und dem Imperialismus ist.

Aber, was dieser prunkvolle Kongreß nicht konnte, das war eben das, worauf es ankommt: die konkrete Ausarbeitung eines internationalen proletarischen Feldzuges gegen den Faschismus und den Imperialismus, eines Feldzuges, der alle Teile der Arbeiterklasse umfaßt, auch jene, die noch weit von den Ideen des revolutionären Marxismus entfernt sind.

Den Geist des Pariser Kongresses spiegelt eine kleine Episode wider. Nachdem der Vertreter der italienischen maximalistischen Partei, jener kleinen sozialistischen Gruppe, die zwischen der zweiten und dritten Internationale steht, den Anschluß an den Pariser Kongreß erklärt hatte, dankte ihm der Vorsitzende des Kongresses, indem er die Maximalisten ermahnte, keine opportunistischen Fehler zu begehen und zu helfen, in Frankreich, Deutschland und Europa Sowjets aufzurichten.

Wenn wir als Verbündete nur jene ansehen, die bereits entschlossen sind, mit uns gemeinsam die proletarische Revolution, das Sowjetsystem und die proletarische Diktatur zu verwirklichen, d. h. unser Programm anzunehmen, dann werden wir zu keinem Kampfbundnis mit den breiten, noch nicht revolutionären Massen gelangen.

Und doch ist gerade jetzt ein solches Kampfbundnis dringender als je zuvor. Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß die 2. Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale den Abwehrwillen des europäischen Proletariats bewußt in die Kanäle der Bourgeoisie ihrer Länder leiten, indem sie den Arbeitern als internationalen Feldzug gegen den deutschen Faschismus die Unterstützung des burglichen Warenboykotts gegen Deutschland empfehlen. Kein Zweifel, daß Millionen Arbeiter, denen kein Weg eines praktischen Kampfes gegen den Faschismus gezeigt wird, denselben Reformisten, von denen sie sich entfernen wollen, in dieser Frage wieder auf den Leim gehen.

Der Pariser Kongreß konnte der Arbeiterklasse keinen Weg weisen, er konnte nicht eine wirkliche Kriegserklärung an den Faschismus, keine praktische Vorbereitung eines internationalen Feldzuges gegen Faschismus und Imperialismus sein.

Denn zum Kriegführen gehören organisierte Armeen. Nur wenn es gelingt, die großen Arbeiterorganisationen — mögen ihre Führer auch Reformisten oder Syndikalisten sein — zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzubringen, nur dann ist ein wirklicher internationaler Massenkampf gegen den Faschismus möglich.

Hier aber mußte der Pariser Kongreß versagen. Nicht die prunkenden Namen Andre Gide, Romain Rolland, Henry Barbusse, konnten die reformistischen Massen in Bewegung setzen! Hier bedurfte es einer anderen Kraft!

Wenn die Komintern mit einem konkreten, ersten Aktionsprogramm aufgetreten wäre, wenn ihre Sektionen in allen Ländern dieses internationale Aktionsprogramm in die Massen getragen, wenn es gelungen wäre, eine gewaltige Kampagne in den Betrieben und Gewerkschaften zu entfesseln, wenn immer stärker — durch Resolutionen aller Arbeiter — der Ruf erschallt wäre:

**Gemeinsamer Massenkampf aller Arbeiter ohne Unterschied gegen den Faschismus.**

Kann hätten es die Parteien der 2. Internationale nicht leicht gehabt, zu sabotieren. Und hätten die Führer sabotiert, die aufgerutelten Massen wären ohne sie zur Einheitsfront bereit. Manche werden auf das Angebot des Ekki vom 6. März verweisen, ja selbst dieses jämmerliche Dokument, im Zeichen der Panik verfaßt, in dem der Sozialdemokratie ein Nichtangriffspakt offeriert wird, selbst dieses Dokument ist nicht ganz ohne Wirkung auf die Massen geblieben. Aber das, was notwendig gewesen wäre, war nicht ein Aufruf allein, war nicht das Warten auf das Echo.

**Man mußte selbst den Weg gehen, wo man die Kraft dazu hat.**

Warum sind die russischen Arbeiter nicht auf die Straße gezogen, als Hitler das deutsche Proletariat niederschlug? Warum demonstrieren in den russischen Häfen nicht die Arbeiter gegen das Hakenkreuzbanner auf den deutschen Schiffen? Warum rufen die russischen Gewerkschaften nicht die reformistischen Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Konferenz auf, um über praktische Maßnahmen gegen den Faschismus zu beraten?

Herr Hitler läßt es sich seinerseits nicht nehmen, durch Adolf Rosenberg mit Detording über den Kampf gegen den Bolschewismus zu verhandeln, Herr Hitler bricht in die Derog ein, und organisiert faschistische Abteilungen aus russischen Weigardisten: Ist die Sowjetunion so schwach, daß sie das russische Proletariat zum „Stillhalten“ veranlassen muß, um die deutschen Faschisten nicht zu reizen? Eine lächerliche Annahme! Wäre sie so schwach, so würde ihr auch ein solcher Verzicht nichts nützen, sie würde durch ihre Schwäche den imperialistischen Ueberfall des faschistischen Deutschlands geradezu herausfordern.

Die russische kommunistische Partei hat auf jede aktive Teilnahme am internationalen Kampf gegen den deutschen Faschismus verzichtet!

Man muß diese Tatsache mit aller Deutlichkeit feststellen, denn nur so kann verhindert werden, daß revolutionäre Arbeiter falsche Schlüsse aus dieser Tatsache ziehen. Nein, dieser Verzicht bedeutet nicht den Verrat der deutschen Arbeiterklasse durch die Stalinsche Gruppe, die die russische Partei beherrscht, aber sie bedeutet, daß die nationale Selbstbeschränkung, die Idee eines nationalen Sozialismus er der USSR, die russische Partei lähmt und damit den Sowjetstaat seiner Haupttatzen zu berauben droht; der Sympathie und Unterstützung durch das Weltproletariat.

Hinter dem Pariser Kongreß stand nicht die Kraft einer Komintern, die das Weltproletariat zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus aufgerufen und bereits zu sammeln begonnen hat.

Hinter dem Pariser Kongreß standen daher keine großen sozialdemokratischen oder parteilosen Organisationen, die unter dem Druck ihrer Mitglieder zur Einheitsfront gezwungen waren. Hinter dem Pariser Kongreß stand nicht die Massenaktion des russischen Proletariats gegen den deutschen Faschismus. Wohl aber stand hinter dem Pariser Kongreß die große Sehnsucht der radikalisierten Masse, der revolutionären Arbeiter, der nach links gehenden Klassenbewußten Proletarier.

Aber dieser Kongreß mußte ohnmächtig bleiben, wenn es sich um Taten handelt, er muß alle diejenigen enttäuschen, die von ihm praktisch etwas erwarten.

Wenige Wochen ehe in Paris der Kongreß tagte, traten in Brüssel, boschiden und schlicht, Vertreter kleiner, revolutionärer Organisationen zusammen, um zu beraten, wie man den deutschen Faschismus bekämpfen müsse. Die holländischen revolutionären Gewerkschaften (NAS), die belgischen internationalen Kommunisten, die SAP und andere Gruppen waren anwesend und unsere Richtung vertrat unser Genosse Rosmer (Paris). Dort wurde unsere Resolution zum Boykott deutscher Waren vorgelegt und die dort aufgezeigte Linie (Ablehnung der Unterstützung des bürgerlichen Boykotts gegen deutsche Waren) wurde gutgeheißen. Ernsthaft berieten die Ge-

nossen über die Formen politischer Demonstrationen gegen den Faschismus.

Zwei Tage nach der Brüsseler Aussprache verweigerten die Hafenarbeiter von Antwerpen unter dem Einfluß unserer belgischen Genossen die Löschung deutscher Schiffe mit Hakenkreuzfahnen. Die Botschaft von Antwerpen ging durch ganz Europa. Sie wurde von den rumänischen Hafenarbeitern in Konstanza aufgenommen. Dann sprang der Funke auf den spanischen Hafen Cadix über. Weitere Häfen folgten. Winzige Kräfte waren es, die geistig und organisatorisch diese Aktion vorbereiteten. Und doch ist sie bis heute die einzige europäische Klassenkampfaktion gegen den deutschen Faschismus geblieben.

Unermeßlich größer ist die Kraft der Komintern, ist die Kraft des russischen Proletariats. Ungeheuer ist die Erregung in den Arbeitermassen aller Länder. Wie unendlich viel wäre möglich, wenn die revolutionären Kräfte für eine richtige Politik mobil gemacht würden. Der Pariser Kongreß, das war Pathos und Deklamation. Was folgt, kann nur Enttäuschung sein, nicht aber Massenaktionen. Enttäuschungen aber sind das Gift, durch das den Massenbewegung zersetzt wird, wie er immer wieder in Deutschland zersetzt wurde — bis zum schmachvollen Zusammenbruch.

Diktatur, die ihm zugrunde richtet und in neue Kriege hetzt und der proletarischen Diktatur, die seine wirtschaftliche Existenz sichert und ihm durch das Räteystem die Möglichkeit gibt, unter der Führung des Proletariats am Aufbau des Staates der proletarischen Diktatur mitzuarbeiten. Im Gegensatz dazu ist der vorrevolutionäre Bolschewismus (1905—1917) in Rußland, in dem erst die demokratische Revolution heranreift, davon ausgegangen, daß eine Machtteilung zwischen Proletariat und Bauerntum, d. h. ein Block zwischen der revolutionären Partei des Proletariats und der revolutionären Partei des Bauernums möglich ist. (Demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern.) Die Erfahrungen der russischen Revolution haben bewiesen, daß selbst in der demokratischen Revolution eine solche Machtteilung unmöglich ist. Das zersplitterte Dorf kann keine eigene revolutionäre Partei hervorbringen, die fähig ist, den bäuerlichen Klassenkampf gegen die Ausbeuter im Dorf zu führen und mit dem städtischen Proletariat einen Block zu schließen.

Das bedeutet, daß die demokratische Revolution nur siegen kann, wenn sie vom Proletariat geführt ist. Das siegreiche Proletariat aber führt die demokratische Revolution weiter zur sozialistischen, zur Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft. Darin besteht die Permanenz der Revolution.

Nach den Erfahrungen der Februarrevolution 1917 gaben die Bolschewiki (Lenin) auf ihrer Konferenz vom April 1917 die alte Lösung einer demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern auf. Im Sowjetsystem, das die Basis der proletarischen Diktatur bildet, ist das politische Bündnis zwischen Proletariat und Dorf geschlossen.

Der Zentrismus in der 3. Internationale hat die marxistische Position in der Frage des Verhältnisses des Proletariats zum Bauerntum preisgegeben. Er hat die Lösung der politischen Machtteilung zwischen Proletariat und Bauerntum aufgestellt und zwar selbst für jene Länder, in denen die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht (Arbeiter- und Bauernregierung). Im Namen dieser Machtteilung kapituliert er vor der kleinbürgerlichen Ideologie der kleinbürgerlichen Massen, paßt sich ihr an (Nationalbolschewismus), versucht das Dorf durch die Methoden der Agrardemagogie zu gewinnen und ist selbst bereit, auf die Lösung der proletarischen Revolution zu verzichten (Volksrevolution).

Statt die besten Teile des Dorfes für die Komm. Partei zu gewinnen und mit aller Kraft den Kampf der Landarbeiter und ihre Organisationen — selbst wenn sie noch reformistisch sind — zu fördern, versucht der Zentrismus künstlich politische Bundesgenossen im Dorf zu schaffen, indem er entweder selbständige Bauernparteien schafft oder ähnliche politische Gebilde (Bauerninternationale).

Während der Zentrismus das Kampfbündnis mit den reformistischen Arbeitermassen ablehnt, sucht er dieses mit den bäuerlichen Massen, ohne eine klare Klassenpolitik im Dorf einzuschlagen und unter Preisgabe der Hegemonie des Proletariats.

Diese Politik schwächt das Proletariat, verhindert das Ausreifen des Klassenkampfes im Dorf, zersetzt das revolutionäre Proletariat und fördert objektiv jene politischen Selbstständigkeitsbestrebungen des Dorfes, die zum Aufschwung des Faschismus führen.

Mit dem Siege der ersten proletarischen Revolution, der Oktoberrevolution, trat eine entscheidende Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein. Die Strategie der internationalen Revolution ging von nun an davon aus, daß die endgültige Behauptung der proletarischen Diktatur in der USSR den Sieg der proletarischen Revolution im Weltmaßstab erfordert, und daß sich umgekehrt das internationale Proletariat auf die staatliche Hilfe der siegreichen russischen Arbeiterklasse stützen kann, das seine Interessen letzten Endes nicht anders vertreten kann, als durch die tatkräftige Förderung der internationalen Revolution. In diesen Wechselbeziehungen zwischen Oktoberrevolution und Weltrevolution ist die Einheit der Interessen der Sowjetrepublik und des Weltproletariats begründet.

Indem die zentristische Fraktion den utopischen Versuch unternahm, in der USSR eine isolierte sozialistische Gesellschaft unabhängig vom Gang der Weltrevolution zu errichten, verlor sie selbst die Fähigkeit, die elementarsten Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes zu erkennen. Je mehr der Zentrismus strategisch nach rechts rückte und den Glauben an die internationale Revolution verlor, um so stärker strebte er danach, seinen strategischen Opportunismus (Sozialismus in einem Land, Arbeiter- und Bauernregierung) durch eine ultralinke, abenteuerliche Taktik innerhalb der Arbeiterklasse zu maskieren. (Ablehnung der Einheitsfront, eigene Gewerkschaften, putschistische Aktionen.)

Diese Entwicklung des Zentrismus zu einer politischen Strömung in der Komintern, die den Boden des Marxismus verlassen und objektiv den Prozeß der Liquidierung der proletarischen Diktatur in der USSR und der Komintern eingeleitet hat, bestimmt die Stellung der Linken in der Komintern: sie kämpfen für die Liquidierung der zentristischen Fraktion, deren Herrschaft die Garantie für den Untergang der 3. Internationale darstellt.

## Aus den Thesen der deutschen Linken

Anmerkung der Redaktion: Die Thesen, die wir fortlaufend in unserer Presse veröffentlichten, stellen einen Entwurf dar, der in der deutschen Linken gegenwärtig diskutiert wird. Sollten im Verlaufe der Diskussion Änderungen vorgenommen werden, so werden wir sie am Schluß der Veröffentlichung des Entwurfs nachtragen.

### II. Das Wesen des Zentrismus

(Schluß.)

6. Der Zentrismus stellt innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung eine politische Richtung dar, die sich im Verlauf der vorübergehenden Stabilisierung des Kapitalismus (1923—1929) entwickelte und seit 1928, seit dem Bruch zwischen Zentristen und Rechten in der russischen Partei, zur herrschenden Fraktion in der Komintern wurde.

Der Zentrismus steht in den Grundfragen der Strategie und Taktik in offenem Gegensatz zum Marxismus. Besonders gilt dies vom Verhältnis der Avantgarde zur Klasse, vom Verhältnis zwischen Proletariat und Kleinbürgertum (Bauerntum) und vom Verhältnis der proletarischen Diktatur (USSR) zur internationalen Revolution.

Der Marxismus geht davon aus, daß sich unter den Bedingungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Versklavung des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft nur der fortgeschrittenste Teil, die Avantgarde, die Lehren von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats aneignen kann; die Avantgarde schließt sich zur revolutionären Partei der Arbeiterklasse zusammen, zur Komm. Partei.

Der Marxismus geht davon aus, daß die sozialistische Idee nicht zwangsläufig aus der Entwicklung der Klassenkämpfe in das Bewußtsein der Arbeiterklasse übergeht. Der elementare Klassenkampf des Proletariats führt nicht zum wissenschaftlichen Sozialismus, sondern nur zu den gewerkschaftlichen Formen des Klassenkampfes.

Nur, wenn die Avantgarde, die Komm. Partei, an allen Kämpfen der Arbeiterklasse teilnimmt und es versteht, an die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter anzuknüpfen, nur wenn sie es versteht, der Arbeiterklasse ihre eigenen Erfahrungen im Lichte des Sozialismus zu erklären, entwickelt und verändert sich das Bewußtsein der Massen, schließt sie sich enge und vertrauensvoll an die Avantgarde an.

Die Konstituierung der Avantgarde als Komm. Partei bedeutet nicht ihre Absonderung und Loslösung von der Klasse, sondern im Gegenteil Sammlung und Zusammenschluß der fortgeschrittensten Teile innerhalb der Klasse.

Um ihre historische Mission zu erfüllen, d. h. das Proletariat in seiner Gesamtheit — oder überwiegenden Mehrheit — für die proletarische Revolution zu gewinnen, muß die Komm. Partei ununterbrochen auf jenen Teil des Proletariats einwirken, der noch dem Reformismus folgte. Deshalb betrachtet sie die gewerkschaftliche Spaltung, im Gegensatz zur politischen als eine Schwächung der Arbeiterklasse, als eine wirklich mechanische Loslösung der Avantgarde von der Klasse.

Aber die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften genügt nicht, um den Reformismus innerhalb der Arbeiterklasse niederzuringen. Der Reformismus ist nicht nur die herrschende Richtung in den Oewerkschaften, er bildet gleichzeitig eine bürgerliche Arbeiterpartei, die innerhalb des Proletariats wirkt, die Sozialdemokratie.

Soziale Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft können nur ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats sein. Das bedeutet, daß der Reformismus, der sich in der Nachkriegszeit völlig auf die parlamentarische Bühne zurückgezogen hat, nicht nur auf den Sozialismus verzichtet hat, sondern auch alle sozialen Reformen preisgibt, die als Ergebnisse früherer revolutionärer Kämpfe noch bestehen.

Darum muß gerade die Teilnahme der Kommunisten an jedem Kampfe für Verbesserungen und für die Ver-

teidigung bestehender demokratischer Rechte der Arbeiter die Arbeiter vom Reformismus loslösen, denn im außerparlamentarischen Kampf zeigt sich erst die völlige Ohnmacht des Reformismus, der völlig im parlamentarischen Kretinismus und Legalismus befangen ist. So wie der Reformismus innerhalb der nichtkämpfenden Arbeiterklasse vorwiegt, so wird der Kommunismus zur ausschlaggebenden Kraft innerhalb der kämpfenden Arbeiterklasse, mag sie auch organisatorisch noch in den Reihen der SP stehen.

Das entscheidende Instrument der Auslösung gemeinsamer Kämpfe der Arbeiterklasse ist die Einheitsfronttaktik. (Siehe Plattform!) Die Einheitsfront stellt das Mittel dar, um den zurückgebliebenen, noch reformistischen Teil der Arbeiterklasse mit der revolutionären Vorhut zu verbinden. Die Einheitsfronttaktik muß daher als Ziel außerparlamentarische Aktionen und nicht parlamentarische Manöver haben. Die Einheitsfronttaktik ist eine unvermeidliche Etappe im Prozeß der Wiedergeburt der Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes.

Die zentristische Fraktion in der 3. Internationale hat die marxistische Position in der Frage des Verhältnisses der Avantgarde zur Klasse und damit Grundsätze des Kommunismus preisgegeben.

Der Aufbau der Partei erfolgt nicht ausschließlich auf der Basis der Avantgarde, sondern in entscheidendem Maße gestützt auf unentwickelte, nicht gereifte Teile der Arbeiterklasse, denen durch ein bürokratisches Regime innerhalb der Partei die Möglichkeit der Entwicklung zur Avantgarde genommen ist.

In einem ständigen negativen Ausleseprozeß stößt die zentristische Fraktion die Avantgarde-Elemente aus der Partei und füllt die Partei mit zurückgebliebenen Teilen des Proletariats und schwankenden Teilen des Kleinbürgertums auf.

Im Verlauf dieses Umgruppierungsprozesses hat die zentristische Fraktion eine grundsätzliche Wendung in der Stellung der Avantgarde zur Klasse vollzogen. Erblickt der Marxismus die Rolle der Kommunisten darin, daß sie in der vorrevolutionären Periode durch gemeinsame Kämpfe das Vertrauen der reformistischen Arbeiter gewinnen und in diesen Kämpfen eine Veränderung im Bewußtsein der ganzen Klasse herbeiführen, so stellt der Zentrismus die Kommunisten dem zurückgebliebenen, reformistischen Teil der Arbeiterklasse gegenüber und fordert von ihm die Anerkennung der Kommunisten als Führung der Klasse. Das nackte Kommando tritt an die Stelle der allmählichen Ueberzeugung, die Verurteilung der Massen („Sozialfaschisten“) an die Stelle ihrer Erziehung, die Loslösung von den Massenorganisationen (Rote Oewerkschaften) ersetzt den Kampf um die Gewinnung des Vertrauens der reformistischen Gewerkschaftsmassen, an die Stelle der Einheitsfronttaktik mit den reformistischen Massenorganisationen und Parteien tritt die Einheitsfront-Diplomatie mit den reformistischen Führern, die eine wirkliche Arbeitereinheitsfront unmöglich macht.

7. Der revolutionäre Marxismus geht davon aus, daß die proletarische Revolution nur mit Unterstützung der nicht-proletarischen, ausgebeuteten Teile des Volkes möglich ist. Das Proletariat und seine revolutionäre Partei muß es verstehen, diese Massen zum Anschluß an seine sozialistischen, revolutionären Kampf zu veranlassen. Dies gilt insbesondere von den ausgebeuteten Teilen des Dorfes.

In diesem Kampf um die kleinbürgerlichen Reserven, auf die sich die Bourgeoisie stützt, darf das Proletariat niemals in den politischen Machtfragen Konzessionen machen. Um die Unterstützung der ausgebeuteten Teile des Dorfes zu gewinnen, muß das Proletariat auf die sofortige Anwendung sozialistischer Produktionsformen in der gesamten Landwirtschaft verzichten; erst allmählich vermag es das gesamte Dorf auf den Weg der sozialistischen Produktionsweise zu führen. In diesem Geist muß auch das Agrarprogramm der Kommunisten gehalten sein. Ist das Proletariat im Interesse des Bündnisses mit dem arbeitenden Teil des Dorfes zu großen, ökonomischen Zugeständnissen bereit, so muß es in den politischen Fragen doppelt unversöhnlich sein. Es muß dem bäuerlichen Bundesgenossen zeigen, daß er nur die Wahl hat, zwischen der offenen kapitalistischen

**Spende Pressefond!**

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Streyczgasse 4. — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

# Oesterreichs Weg zurück

## Zurück zu 1855 . . .

Nach seiner Rückkehr von Rom äußerte sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß über den Abschluß des Konkordats, das die kirchliche Despotie wieder einführt, folgendermaßen: „Daß nunmehr ein Werk, dessen Abschluß seit 1865 (!) nicht mehr möglich war, zu Ende geführt wurde. . . um unserer österreichischen Heimat in sittlicher und religiöser Beziehung neue Grundlagen für die Aufbauarbeit zu schaffen.“

Fast 2000 Jahre erzieht die katholische Kirche sittlich-religiöse und Jahrhunderte davor uneingeschränkt als weltliche und kirchliche Macht. Und das Resultat davon ist: die Barbarei in der göttlichen Weltordnung des Kapitalismus!

## ... und neue Grundlagen für die Aufbauarbeit

### Gegen die Arbeitslosen

Auf Verlangen des Industriellenverbandes wurde der Bezug der Arbeitslosenunterstützung um ein Drittel (von 30 auf 20 Wochen) herabgesetzt und die am 1. Juli in Kraft tretende neue Zoneneinteilung in der Notstandsanhilfe hat zur Folge, daß zehntausenden Arbeitslosen die Unterstützung empfindlich gekürzt und Tausenden gestrioben wird.

### 8 Millionen Schilling für die Hoteliers

Endo März hat die Regierung die Zölle, um sie zu valorisieren, um ein Viertel erhöht. Nun hat sich heraus-

## Bresche in den Achtstundentag

Nach der Außerkraftsetzung des Kollektivvertrages der Bankangestellten, der Gleichschaltung der Gehälter der Sozialversicherungsgestellten mit denen der Bundesbeamten und den unheimlichen Lohnsenkungen bei den Eisenbahnern, dem Streikverbot mit Strafen, die schärfer sind als die aus den längst vernichteten Strafbestimmungen aus dem Jahre 1853, hat die Regierung auch den Achtstundentag gleichgeschaltet. Ueberstundenentlohnung wird künftig von 50 Prozent auf 25 Prozent herabgesetzt. Die neuen Feiertage (fünf an der Zahl) müssen auf Wunsch des Unternehmers innerhalb von 14 Tagen ohne Ueberstundenentschädigung eingebracht werden. Ferner wurde die Bestimmung über die 41 Stundenwoche für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in einigen Gewerben außer Kraft gesetzt. Mehr beten, weniger Lohn und billige Ueberstunden: so stellt man sich hierzuande die sittlich-religiöse Dmewerung vor! Ferner wurde die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, wonach nichtbezahlte Ueberstunden noch nach drei Jahren klagbar waren, dahin abgeändert, daß Ueberstundenforderungen schon nach drei Monaten verjähren und daß diese Frist durch Vereinbarung auf vier Wochen herabgesetzt werden kann. Für Angestellte, die mit einer Vertrauensstellung oder einer Leitung

## Der Verfassungsgerichtshof gesprengt

Der letzte Strohhalm, an den sich die Sozialdemokratie klammerte, war der Verfassungsgerichtshof. Eine Notverordnung über die Zusammensetzung und Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes sowie der Rücktritt einiger seiner Mitglieder hat die letzte demokratische Hülle, hinter der sich die Sozialdemokratie bei ihrer Kapitalisationspolitik versteckt, zerrissen. Nackt steht vor uns der Staat von 1918, verändert hat sich nur die Zweckmäßigkeit seiner Herrschaft. Nicht „der Gesohichte eheres Muß“ erleben wir jetzt, wie die „Arbeiter Zeitung“ vom 4. Juni ihren Leitartikel benannt, sondern „der Geschichte eheres Gesetzmäßigkeit“. Wie die demokratischen Parteien der vergangenen bürgerlichen Revolution ihren Aufgaben nicht gewachsen waren und von der politischen Bildfläche verschwinden mußten, so ist es jetzt die Sozialdemokratie, die als proletarische Partei antartete, als demokratische Partei kapitalisierte und der Konterrevolution den Weg ebnete.

Die Ergebnisse jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Arbeit geben innerhalb von wenigen Stunden wiederstandlos verloren! Die „demokratische Insel Oesterreich“, zu deren Erhaltung Otto Bauer noch vor kurzem den Treuschwur leistete, ist dahin, von ihren Begründern, den sozialdemokratischen Führern, schändlich verraten. Dem Verrat des Proletariats an den Imperialismus von 1914 folgte der Verrat der proletarischen Revolution von 1918, um mit dem

gestellt, daß durch den Zwist, in den die vaterländisch-österreichische und die nationale deutsche Regierung geraten ist (eigentlich, daß sich nationale Regierungen am meisten streiten), die „im Dienste des Fremdenverkehrs arbeitende Bevölkerung in Oesterreich empfindlich getroffen“ würde. „Um diese schwere Schädigung nach Möglichkeit zu mildern“ (wir zitieren den amtlichen Bericht), wird „das Valorisierungsverhältnis genauer mit 1 Goldkronen = 1.83 Schilling (früher 1.80) festgesetzt.“ „Der Zollmehrtrag, der durch diese Maßnahme erzielt wird, kann für die laufende Budgetjahre mit zwei Millionen Schilling angenommen werden.“ Damit nun einige Hundert Hotel- und Gasthofbesitzer wegen der Schädigung durch die Sperre des deutschen Fremdenverkehrs nicht zu den Nazi laufen sollen, werden sie als die Geschädigten, „der im Dienste des Fremdenverkehrs arbeitenden Bevölkerung“ erklärt und mit acht Millionen Schilling entschädigt; von den zwei Millionen aus den Erträgen der erhöhten Zölle, die jeder Arbeitslose bezahlen muß, aufgebracht werden! Die wirklich betroffenen Hotel- und Gastgewerbenangestellten gehen leer aus, ja sie bekommen als Saisonarbeiter nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung!

### Und 18: die Hausherrn

Das bereits stark durchlöchernte Mietengesetz ist durch Notverordnung dahin zu Fall gebracht worden, daß sich die restlichen Bestimmungen zugunsten der Mieter automatisch ausschalten und die Zinswucherer freie Hand bekommen zur Willkür und zur Bildung einer Pfründe.

betrant sind, gilt überhaupt kein Achtstundentag. Welcher Unternehmer vertraute seine Angestellten nicht als Vertraute, die er „vertrauensvoll“ aussuchen kann?

Die Freien Gewerkschaften haben sich natürlich beileid, diese Verordnung der Regierung sofort ohne den leisesten Widerstand zu schlucken! Es sind halt nur Vorposten und vorgeschobene Stellhagen . . .

### Bäckerschutz — ade

Abgeändert und ergänzt wurde auch das einst so gefeierte Bäckerschutzgesetz. Bekanntlich befinden sich die Bäcker, denen das Streiken ebenfalls verboten ist, in Vertragsverhandlungen, weil die Unternehmer auf dieses Verbot hin den Vertrag kündigten. Da kommt ihnen nun die Regierung außerdem noch zu Hilfe und verordnet, daß künftig die Nachtruhe statt um 5 Uhr, schon um 4 Uhr endet. Dazu wurden noch einige andere Bestimmungen, die bisher kollektivvertraglich geregelt wurden, durch Notverordnung festgelegt. Am härtesten packt die Notverordnung die Feiertagsruhe an, die faktisch für die Bäcker aufgehoben wird — und der Ueberstundenzuschlag wird von 100 Prozent auf 50 bzw. 25 Prozent herabgesetzt!

## Verrat selbst der bürgerlichen Demokratie zu enden!

Der Tribut, den die Bourgeoisie 1918 der Sozialdemokratie für die Erhaltung und den Wiederaufbau der Wirtschaft, der kapitalistischen Nation, zollte, hat sich jetzt mit Zinsezinsen verzinst.

Mit unheimlicher Gesetzmäßigkeit vollzieht sich die Perspektive Trotzki. 1929 schrieb er: „Der Austromarxismus tritt in eine Periode der endgültigen Abrechnung für seine historischen Verbrechen. Die sozialdemokratische Partei, die die Bourgeoisie vom Bolschewismus befreit hat, hilft ihr jetzt, sich von der sozialdemokratischen Partei zu befreien. Es wäre ganz unsinnig, die Augen davor zu verschließen, daß es im Falle eines faschistischen Sieges nicht nur zur physischen Vernichtung der wenigen Kommunisten käme, sondern auch zur erbarmungslosen Zerstörung aller Organisationen und Stützpunkte der sozialdemokratischen Partei. In dieser Hinsicht, so wie in manch anderer, wiederholt die sozialdemokratische Partei die Geschichte des Liberalismus, als dessen verspätete Tochter sie erscheint. Aus der Geschichte sind mehrere Fälle bekannt, wo die Liberalen der feudalen Reaktion halfen, mit den Volksmassen fertig zu werden, wonach die Reaktion die Liberalen selbst liquidierte.“

Die Tatsachen schlagen alle Niedrigtheorien des Austromarxismus vom „ehernen Muß“ zu schanden.

## Zum Verbot der KPOe.

Am 26. Mai wurde die Kommunistische Partei Oesterreichs und ihre Nebenorganisationen verboten. Unter dieses Verbot fällt auch die linke Opposition, deren Organ, das noch vor dem Verbot erschienen, von der Orgaz Polizei beschlagnahmt wurde. Begründet wurde die Beschlagnahme des „Mahnruf“ Nr. 4 mit dem Hinweis, daß auf Grund der Notverordnung kommunistische Tätigkeit verboten sei.

An den politischen Kräfteverhältnissen ändert das Verbot der KPOe nichts. Dem unruhlichen Abschied von der politischen Öffentlichkeit, den die KPOe nimmt, ging voran die völlige Ausschaltung aus dem Leben des Proletariats. Noch im Jahre 1931, auf ihrem 11. Parteitag, stellte sie die Frage des Durchbruchs zu einer Massenpartei. Recht haben leider wir behalten, als wir im Juli 1931 („Mahnruf“ Nr. 13) schrieben: „Der 11. Parteitag wird in die Geschichte der Partei als ein Parteitag der politischen Ohnmacht und bürokratischen Selbsttäuschung eingehen.“ Nicht wegen ihrer Gefahr, sondern wegen ihrer Bedeutungslosigkeit wurde sie von der Dollfuß-Regierung verboten. So paradox das klingen mag, es ist bittere Tatsache.

Das Verbot der KPOe ist nur das Präjudiz des bonapartistischen Regimes für die Zukunft. Es erwuchs aus der besonderen Lage des Bruderzwistes im Lager der Konter-

revolution, der außenpolitisch zum Konflikt mit Deutschland und im Innern eine Drohung an die Nazi ist; die sich morgen schon als Tatsache gegen die Sozialdemokratie richten kann. Denn der Austromarxismus bringt es mit seiner Politik zuwege, das alte Sprichwort: „Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte“ ins Gegenteil zu verkehren. Am Versöhnungstage der zankenden schwarz-braunen Brüder wird die Sozialdemokratie sterben.

Und wie das Verbot der KPOe ohne Widerhall blieb, wird dann auch das Verbot der SP trotz ihres Einheitschwanzels hinter der österreichischen Front ohne Widerhall im Proletariat bleiben; denn „der Faschismus, der von der Sozialdemokratie genährt wird, muß ihr den Schädel zerhauen, um zur Macht zu gelangen.“ (Trotzki)

Ohne politischen Kompaß, überrascht von der Katastrophe in Deutschland, zerbröckelt die KPOe in den letzten Wochen von Tag zu Tag. Große Teile fallen zurück in die Indifferenz, andere schließen sich der österreichischen Front an und vertauschen ihre Illusionen vom Sowjetreich mit denen vom Heimwehreich. Der dünne Lack der stalinistischen Schule, mit dem die jungen Kaders lackiert waren, schmilzt in der Hitze der Konterrevolution.

Die älteste Partei der Komintern endet als Schaeffiger der Regierung, nachdem sie anderthalb Jahrzehnte das politische Kapital der Oktoberrevolution und der Komintern ver-

geudet hat, einflußlos als Sekte bürokratischer Entartung und zentralistischer Ohnmacht.

Trotz all der Tragik, die sich um das Verbot der KPOe aufzut, darf die Arbeiterschaft nicht achtlos an dieser Tatsache vorbeigehen. Heute mir — morgen dir . . .

## Naht die Inflation in Deutschland?

Die Tatsache, daß nach England und Japan nunmehr auch die Vereinigten Staaten zu einer Inflation übergegangen sind, wird die Frage der Inflation für den deutschen Kapitalismus unmittelbar stellen. Der Sinn einer Inflation ist klar: sie bedeutet Entschuldung der Industrie und Landwirtschaft auf Kosten der Großbanken (die ihrerseits wieder an das ausländische Kapital verschuldet sind), Entwertung der zirka 9 Milliarden Sparguthaben, die sich zum Großteil aus Beträgen unter 100 Mark zusammensetzen, also aus proletarischen und kleinbürgerlichen Sparguthaben, Entwertung der Löhne und Gehälter.

Auf diese Weise sollen die Produktionskosten so gesenkt werden, daß die deutsche Exportindustrie trotz der Schutzzölle des Auslandes konkurrenzfähig ist. Auf diese Weise sollen auch die Mittel für die militärische Aufrüstung aufgebracht werden, die der deutsche Imperialismus jetzt mit ganzer Kraft in Angriff nimmt und schließlich soll die Inflation die gehorteten Gelder zur Flucht in die Sachwerte treiben und damit die vollen Lager liquidieren.

Diesen „segensreichen“ Folgen der Inflation stehen aber große Gefahren gegenüber, die der deutsche Kapitalismus genau kennt und die er — und nicht weniger seine faschistischen Zuhälter — außerordentlich fürchtet: Das Wiktwerden der Kleinbürgermassen, die eine Begrenzung der Inflation (die amerikanische Inflation sieht ein Höchstmaß von 50% vor) verhindern. Wenn nämlich die Käufermassen in Panik geraten und durch eine wilde Warenhamsterie die Preise höher treiben, als es dem Währungsverfall entspricht, dann ist an eine Drosselung der Inflation nicht zu denken.

In England war dies nicht der Fall. Das Vertrauen der Kleinbürgerlichen und auch großer Teile der proletarischen Massen zur Festigkeit des kapitalistischen Systems und damit der englischen Währung, war noch so groß, daß keinerlei Panik einsetzte. Die Frage, ob in Deutschland — nach den Erfahrungen der Inflation von 1923 — die mittel- und kleinbürgerlichen Massen „stillhalten“ werden, ist ein entscheidendes politisches Problem. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß es angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse der Klassen in Deutschland — das ungefähr umgekehrt ist wie 1923, wo das deutsche Proletariat im mächtigen Aufschwung war — der deutsche Bourgeoisie gelingt, ein „Stillhalten“ der Massen zu erzwingen und damit die Inflation zu regulieren. Die mechanische Gleichsetzung: Inflation bedeutet offene Rebellion der Kleinbürgermassen gegen den Faschismus drückt eine Hoffnung aus und nicht eine marxistische Prognose.

F. Wald.

## Deklaration zur Frage des deutschen Warenboykotts

1. Eine Reihe kleinbürgerlicher und bürgerlicher Organisationen in West- und Osteuropa hat als Antwort auf die pogromistische Politik des deutschen Faschismus die Parole des allgemeinen Boykotts deutscher Waren herausgegeben. Diese Parole hat die Zustimmung weiter Kreise der internationalen Reaktion, soweit sie sich vom deutschen Imperialismus bedroht fühlt, gefunden. Der Boykott deutscher Waren wird mehr und mehr zum Symbol eines heuchlerischen, schändemokratischen Kampfes, der sich formell gegen das Hitler-Regime richtet, in Wirklichkeit aber mehr und mehr bestrebt ist, im Namen dieses Boykotts im eigenen Lande die „nationale Einheitsfront“ zur Abwehr der deutschen Schluaderkonkurrenz und der Ansprüche des deutschen Imperialismus auf militärische Gleichberechtigung zustandezubringen.

II. Der Warenboykott kann in der gegenwärtigen Etappe des internationalen, revolutionären Kampfes nur im national-revolutionären Kampfe der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus eine progressive Rolle spielen. Auch in diesen Ländern (China, Indien) ist er seinem Wesen nach ein Mittel des bürgerlich-nationalrevolutionären Kampfes. Das Proletariat in den kolonialen Ländern, das bestrebt ist, die Führung in der demokratischen, nationalen Revolution an sich zu reißen, unterstützt diese Boykottpolitik, ohne sich aber darüber zu täuschen, daß der Boykott nur eine Form der passiven Resistenz ist.

III. Die Methoden, mit denen das internationale Proletariat seine brüderliche Solidarität mit dem von der SPD verratenen, von der KPD enttäuschten und vom Faschismus vergewaltigten deutschen Proletariat ausdrückt, sind die politischen Methoden des revolutionären Klassenkampfes. Das Proletariat in jedem Lande muß in Versammlungen, Demonstrationen und bei besonderen Angelegenheiten (wie angesichts der drohenden Todesurteile wegen des Reichstagsbrandes) mit den Mitteln des Solidaritätsstreikes gegen den deutschen Faschismus ankämpfen. Jeder Versuch der deutschen Faschisten, im Auslande ihre verbrecherische Tätigkeit aufzunehmen (Gründung von Ortsgruppen der NSDAP aus deutschen Faschisten im Ausland) muß rücksichtslos niedergekämpft werden.

Gleichzeitig muß das internationale Proletariat mit aller Schärfe gegen die verlogene, antifaschistische „demokratische“ Propaganda auftreten, wie sie in England und Frankreich jetzt von den reaktionärsten Politikern betrieben wird, um das Versailler System, das die objektiven Bedingungen für den Sieg des deutschen Faschismus in hohem Maße geschaffen hat, aufrechtzuerhalten. Der reformistische Versuch, die Beseitigung des Versailler Vertrages von der „Wiederkehr der Republik in Deutschland“ abhängig zu machen, ist nur eine Maskierung der Solidarisierung der Sozialdemokratie der Entente-Staaten mit der imperialistischen Politik ihrer Bourgeoisie.

Die Auslandsvertretung des Linken Flügels der KPD (Marxisten-Internationalisten).

## Aus dem Kampf gegen die Hitler-Diktatur

# Die faschistische Diktatur und das Kleinbürgertum

Die Presse der Komintern und die illegale Presse der KPD ist fieberhaft bemüht, immer wieder nachzuweisen, daß die faschistische Diktatur in Deutschland sehr rasch an unüberbrückbaren, objektiven Widerständen scheitern wird. Diese Linie entspricht voll und ganz der sogenannten Heckert-Resolution, die das Ekki am 1. April einstimmig annahm.

Varga, dem die Aufgabe zufällt, die politischen Thesen des Ekki mit ökonomischen Belegen sozusagen zu „untermauern“, kommt „einwandfrei“ zu dem Ergebnis, daß Hitler unmittelbar vor der Rebellion der Kleinbürgermassen gegen die faschistische Diktatur steht. Doch lassen wir ihn selbst sprechen:

„Sowohl die objektiven Umstände, als das Interesse der Mehrheit der Bourgeoisie treibt zur Inflation. Sie wird nicht vermieden werden können. . . . Not und Elend der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums werden katastrophale Dimensionen annehmen, aber einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise wird die Inflation nicht ergeben. Im Gegenteil: Die Inflation wird das Heranreifen der revolutionären Situation beschleunigen, indem das von den Faschisten eingefangene, die wichtigste soziale Basis desselben bildende Kleinbürgertum sich massenhaft von ihm lossagen, sich gegen Hitler wenden wird.“ („Rundschau“ Nr. 15, 26. Mai 1933.)

Wenn Worte einen Sinn haben, so können diese Ausführungen Vargas nur eines bedeuten: unvermeidlich ist die Inflation, unvermeidlich die Rebellion der faschistischen Massen gegen Hitler und zwangsläufig naht die revolutionäre Situation heran.

In diesem Sinne werden heute — und das ist das entscheidende — die aktiven Kader der illegalen Partei eingestellt. Die allgemeine Meinung, die in der KPD planmäßig erzeugt wird, läßt sich auf die Formel bringen: im Winter geht's los, im Winter werden alle Blütenräume der proletarischen Mitläufer und der kleinbürgerlichen Anhänger des Faschismus durch Hunger, Kälte, Inflation und Teuerung völlig zerstört werden.

Naht tatsächlich der Zusammenbruch der Hitler-Diktatur mit Sturmschritten heran, stehen wir tatsächlich sehr bald vor einer Situation in Deutschland, ähnlich den Novembertagen 1918, wo das herrschende Regime seinen Kredit erschöpft hat, die allgemeine Erbitterung und Unzufriedenheit einen solchen Grad erreicht, daß die Massen spontan zu revolutionären Aktionen übergehen und eine revolutionäre Partei unter den günstigsten Bedingungen zum politischen Machtkampf übergehen kann und muß?

Das ist die Kardinalfrage, um die es geht. Richtig ist, daß der Faschismus beginnen muß, seine „sozialistische“ Maske, mit der er viele Arbeiter betört hat, abzuwerfen. Dem Tatendrang der faschistischen Betriebszellen, in denen nicht wenige ehemalige halbrevolutionäre, verwirrte und enttäuschte Arbeiter sind, wurde bereits energisch ein Riegel vorgeschoben. Ihr Eingreifen in die Betriebsführung wurde aufs strengste untersagt.

Lohnkürzungen und Teuerungen wirken ernüchternd auf Millionen bedürftige Nachläufer des 3. Reichs, vor allem auf staatliche und städtische Beamte, denen die Gehälter bis zu 40 Prozent gekürzt werden — bei gleichzeitiger Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel (Margarine von 60 Pfennig auf 90 Pfennig, Zucker von 37 auf 62 Pfennig pro Pfund).

Enttäuscht werden auch große Teile der lumpenproletarischen Banden, die die SA auffüllten und die jahrelang davon geträumt hatten, mordend, plündernd, saufend und hurend Deutschland brandschatzen zu dürfen. Zum Saufen hat man sie angehalten, zum Morden wurden sie gedrillt, selbst das Plündern wurde ihnen gestattet, solange es nur gegen „Marxisten“ und arme Juden ging, aber das Brandschatzen, das Kontributionen-Einheben, das Zudringlichwerden auch den Reichen gegenüber, das verbietet Herr Hitler jetzt energisch. Eine Terrorbande von 800.000 läßt sich aber nicht leicht mit Staatsmitteln so nebenbei aushalten, wenn die Wirtschaftskrise immer drückender wird.

Bedeutet das alles, daß die faschistische Diktatur schwächer wird und sich — da der Prozeß der Enttäuschung unvermeidlich wachsen wird — immer weiter schwächt?

Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß die Teuerung, die jetzt in Deutschland begonnen hat, keine Inflations-Teuerung ist, sondern das gewollte Ergebnis der faschistischen Agrarpolitik, die die Preise der Lebensmittel planmäßig in die Höhe treibt, um die junkerliche und großbäuerliche Wirtschaft zu festigen. Kein Zweifel, daß diese Politik die faschistische Diktatur in den oberen Schichten des Dorfes festigt.

Aber sehen wir davon ab. Ist es wirklich so, daß die Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage, ihre Enttäuschung, die kleinbürgerlichen Massen direkt gegen die Hitler-Diktatur vorwärts treiben wird? Die kleinbürgerlichen Massen, die diesen Weg einschlagen, wissen heute schon, was kommt, wenn Hitler jetzt zusammenbricht: entweder die proletarische Diktatur oder — wenn die KPD dazu unfähig ist — das Chaos, d. h. ein offener, unentschiedener, verheerender Bürgerkrieg, vergleichbar nur mit den Schrecken des 30-jährigen Krieges oder mit dem permanenten Bürgerkrieg in China.

Es ist eine kleinbürgerliche Utopie, zu glauben, daß die faschistischen Kleinbürgermassen — 1923 enttäuscht durch das Versagen der heranreifenden Revolution, 1930 bis 1933 in 35jähriger Feindschaft gegen das Proletariat, dessen Organisationen wie Strohhalme unter den Streichen des Faschismus zusammenfallen — unmittelbar den Weg vom Faschismus zum antifaschistischen Massenkampf finden werden.

Die von Hitler enttäuschten Massen werden nicht von selbst zu uns kommen. Ihre Enttäuschung wird zunächst andere Formen annehmen. Ein Teil wird in die Indifferenz

zurücksinken, aus der sie der Faschismus geholt hat. Ein anderer Teil wird versuchen, die faschistische Diktatur vorwärts zu treiben: gegen die Juden und gegen Versailles. Indifferenz, schärfster Chauvinismus, Pogromstimmung — die beiden letzten planmäßig vom Faschismus gefördert — werden die ersten Reaktionen innerhalb der enttäuschten Kleinbürgermassen sein.

Damit die enttäuschten Kleinbürgermassen sich wirklich gegen die faschistische Diktatur wenden, dazu bedarf es mehr als bloßer Enttäuschung. Die revolutionäre Krise in Deutschland wird nicht im Zeichen der Kleinbürger-Rebellion gegen Hitler heranreifen, sondern in dem Maße, als das

Proletariat unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität sich wieder sammelt, zusammenschließt, zur Abwehr übergeht, Widerstand leistet, sich im offenen Massenkampf das Recht auf die Wahl eigener Vertrauensmänner wieder erkämpft, die ernannten faschistischen Halunken, die „Betriebsräte“ spielen, aus den Fabriken jagt, Provokationen mit Massenaktionen, Schreckensurteile mit politischen Streiks und faschistischen Terror mit Massenseibtschutz beantwortet.

Wenn die Arbeiterklasse wieder ihr Haupt erhebt, dann wird erst die Kraft da sein, die enttäuschten Kleinbürgermassen in den antifaschistischen Kampf zu führen.

Spectator.

## Die Lage in Griechenland nach den Parlamentswahlen

Von unseren griechischen Genossen der Gruppe „Spartakos“ wird uns geschrieben:

Die Diktatur Plastiras ist am Tage ihrer Proklamation durch die spontane Erhebung der Arbeiter der Hauptstadt gestürzt worden, während die Partei Tsaldaris ihr möglichstes tat, um einen Kampf zu verhindern und die Massen aufzufordern, Ruhe zu bewahren. Um eine Erhebung der Arbeiter zu verhindern, hat Tsaldaris es vorgezogen, den reaktionären Generalen Amnöstie für ihre Putschversuche zu gewähren. Die Partei Tsaldaris (Volkspartei) ist ehemals zur Macht gekommen, indem sie für eine sogenannte Antikriegspolitik in Kleinasien eintrat. Sie ist gleichzeitig die Partei der großen Bankiers und des zurückgebliebenen und halbfeudalen Flügels der Bourgeoisie. Nach dem Zusammenbruch des bürgerlichen parlamentarischen Systems hat sich der abenteuerliche Militarismus mit einer anderen kapitalistischen Gruppierung verbunden, mit der von Venizelos. Aber aus denselben Gründe kann auch die Volkspartei nur Diktaturwärter haben, wie die Generale Condilis und Metaxas, den Admiral Hatjilyriakos.

Ihren neuerlichen Wahlerfolg verdankt sie ihrer scheinradikalen Demagogie nach Art der Faschisten, die Condilis besonders aktiv gegen die „Venizelistische Plutokratie“ zugunsten einer „Volksrevolution“ und des Friedens in Kleinasien vertreten hat. Condilis versucht heute in seinen Händen die militärischen Kräfte zu konzentrieren, indem er sich auf das von der Volkspartei betrogene Kleinbürgertum stützt. Hinter der parlamentarischen Maske des neuen Ministeriums Tsaldaris, der unfähig ist, seine demagogischen Versprechungen zu erfüllen, bereitet sich die neue Diktatur Condilis vor, die brutaler als jede vorhergehende das Land in ein neues militärisches Abenteuer stürzen wird.

Der Staatsstreich vom 6. März und die letzten Wahlen waren ein Prüfstein für die Politik der Komm. Partei. Trotz des Terrors Venizelos, trotz der opportunistischen Parolen „Einheitsfront der Arbeiter und Bauern“, trotz den verrückten Anstrengungen und politischen Betrugereien der Archimarkisten bekam die Partei mehr Stimmen als im vergangenen September. Dennoch steht dieser Stimmenzuwachs infolge der bürokratischen Politik (opportunistische Taktik, Wahl-Einheitsfront, bürokratische Methoden in den Gewerkschaften, vollständiges Fehlen eines Angriffs gegen die Demagogie Condilis) in keinem Verhältnis zu der verzweifeltsten Lage der Massen. Die Massen haben am 6. März spontan gehandelt, aber die Bürokratie hat an diesem Tage ihre vollständige Passivität und Unfähigkeit gezeigt, diese Bewegung auszunützen; die Verantwortlichen waren verschwand und nur unter dem Druck der Spartakisten entschlossen sich einige, an den Manifestationen teilzunehmen. Am folgenden Tag begnügte sich die Parteibürokratie, statt die Gefahren der Diktatur zu enthüllen, die kindische Parole herauszugeben: Fordert die Zulassung der Arbeitervertreter zu den Parlamentsitzungen!

Ein neuer Parteitag muß in kürzester Frist einberufen werden, demokratisch organisiert, dessen Aufgabe die Wiederherstellung aller Parteirechte sein muß.

Auf den Aufruf der Komintern zur Bildung der Einheitsfront hin, hat die Stalinische Bürokratie einen Diskussionsabend im Saale der Arbeitsvermittlung in Athen einberufen. Der Vertreter der Partei spezialisierte auf die kin-

dische Politik der Archimarkisten und versuchte, sie der linken Opposition in die Schube zu schieben.

Der Vertreter der Archimarkisten beschränkte sich darauf, die Kritik Trotzki über die Lage in Deutschland zu wiederholen, ohne jedoch die Grundfragen der archimarkistischen Politik in Griechenland zu berühren, die folgende sind:

1. Theorie der demokratischen Revolution in Griechenland.
2. Kerenski-Charakter der aktuellen politischen Situation und kleinbürgerlicher Charakter der Volkspartei.
3. Einheitsfrontangebot an die Agrarpartei, von der ein Teil einen Block mit der Volkspartei bildet, während der andere Teil mit der Regierung Venizelos und selbst mit General Plastiras zusammenarbeitet.
4. Einheitsfront mit der nicht bestehenden sozialistischen Partei, die im vergangenen September 180 Stimmen gegen 76.000 der komm. Partei eingeholt hat.

Für die Gruppe „Spartakos“ hat der Genosse Polipulos das Wort ergriffen. Er hob die Bedeutung der historischen Ereignisse in Deutschland für die Komintern hervor. Er sprach ausführlich über die Einheitsfronttaktik von Lenin und Trotzki und erinnerte an die Anwendung der Einheitsfront vor der Oktoberrevolution. Er hob hervor, daß im Gegensatz zu den Archimarkisten die Gruppe „Spartakos“ besonders berufen ist, über die Einheitsfront zu sprechen, weil sie eine der Fragen ist, um die sich 1927—1928 der Kampf in der Partei entwickelt hat. Keine Wendung ist möglich, ohne daß die Mitgliedschaft daran teilnimmt. Er unterstrich die Differenzen mit Trotzki und ihre Bedeutung für die revolutionären Marxisten, die nicht für einen Personenkult sind, sondern Revolutionäre, besetzt von kritischem Geist und Initiative, sein wollen. Er erinnerte an die Verbrennen der Archimarkisten gegenüber der Partei u. den revolutionären Gewerkschaften, ihre Einheitsfront mit den Reformisten auf der Arbeitsvermittlung von Athen gegen die Kommunisten bis zum Jahre 1931, ihre Einheitsfront mit der reaktionären Agrarpartei, die kindische und mechanische Übertragung der Einheitsfront, um durch sie der kleinen sozialistischen Partei einen Impuls zu geben. Zum Schluß wiederlegte er noch die archimarkistische Parole, unter den jetzigen Umständen Sowjets zu schaffen.

Wir haben auch in den Parteikonferenzen von Saloniki und Entras das Wort ergriffen. In Saloniki haben wir eine Konferenz über die Lage in Deutschland organisiert; während in der Versammlung der Archimarkisten, die dieselbe Frage behandelte, 200 Arbeiter kamen, konnten wir 600 zählen. Unser Genosse Maximos gab eine Analyse der deutschen Lage. Eine Versammlung im Pyrius wurde von der Polizei verboten.

Genere Studentengruppe hat in der Universität von Athen eine Reihe von Veranstaltungen anlässlich des 50-jährigen Todestages von Marx gehalten. Mehr als 1000 Studenten und Intellektuelle wohnten dem Vortrag unseres Genossen Christoph über „Rechtswissenschaft und historische Materialismus“ bei. Auf die Denunziation der nationalistischen Studenten hin verbot uns die Regierung die Benützung der Universitätsäle, doch werden die Vorträge außerhalb der Universität fortgesetzt werden.

## Die Spartakuswoche im Januar 1919..

Von Leo Trotzki.

Die Spartakuswoche im Januar 1919 in Berlin gehörte zum gleichen Typ zwischenstaatlicher Halbrevolutionen wie die Julitage in Petrograd. Infolge der vorherrschenden Stellung des Proletariats innerhalb der deutschen Nation, besonders ihrer Wirtschaft, hatte die Novemberumwälzung dem Arbeiter- und Soldatenrat automatisch die Staatssouveränität übergeben. Doch das Proletariat war politisch mit der Sozialdemokratie identisch, die sich selbst mit dem bürgerlichen Regime identifizierte. Die unabhängige sozialdemokratische Partei nahm in der deutschen Revolution jenen Platz ein, der in Rußland den Sozialrevolutionären und Menschewiki gehörte. Was fehlte, war eine bolschewistische Partei.

Jeder Tag nach dem 9. November erzeugte bei den deutschen Arbeitern das lebendige Gefühl, es entgleite etwas ihren Händen, werde ihnen weggenommen, rinne zwischen den Fingern hindurch. Das Bestreben, die Errungenschaften festzuhalten, die Positionen zu stärken, Abwehr zu leisten, wuchs von Tag zu Tag. Diese defensive Tendenz lag auch den Januarkämpfen von 1919 zugrunde. Die Spartakuswoche begann nicht als Folge strategischer Berechnung der Partei, sondern als Folge des Drucks der empörten unteren Schichten. Sie entwickelte sich um eine drittrangige Frage, um das

Verbleiben des Polizeipräsidenten auf seinem Posten, obwohl sie ihren Tendenzen nach den Beginn einer neuen Umwälzung darstellte. Beide an der Leitung beteiligten Organisationen, die Spartakisten und die linken Unabhängigen, wurden von den Ereignissen überrascht, gingen weiter, als sie wollten, doch nicht bis zu Ende. Die Spartakisten waren zu einer selbständigen Führung noch zu schwach. Die linken Unabhängigen scheuten vor den Methoden zurück, die allein zum Ziele führen konnten, schwankten, spielten Aufstand, diesen mit diplomatischen Verhandlungen verbindend.

Die Januarniederlage erreichte nach der Zahl ihrer Opfer bei weitem nicht die gigantischen Zahlen der „Julitage“ in Frankreich. Jedoch läßt sich die politische Bedeutung einer Niederlage nicht allein mit der Statistik der Ermordeten und Erschossenen messen. Es genügt, daß die junge Kompartei dabei physisch enthaupet wurde und die Unabhängige Partei gezeigt hatte, daß sie schon dem Wesen ihrer Methoden nach unfähig war, das Proletariat zum Siege zu führen. Von einem weiteren Gesichtspunkt aus gesehen haben sich die „Julitage“ in Deutschland in mehreren Etappen abgespielt: Januärwoche 1919, Märztag 1921, Oktoberrückzug 1923. Die gesamte weitere Geschichte Deutschlands ergibt sich aus diesen Ereignissen. Die nicht zu Ende geführte Revolution schaltete sich auf den Faschismus um.

(Aus „Geschichte der Russischen Revolution“, Bd. 2, „Oktoberrevolution“, S. Fischer, Berlin 1933.)